

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

3. Sitzung (18.01.1902)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Dritte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 18. Januar 1902.

Gegenwärtig:

Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden, die Herren: Prälat D. Helbing, Graf Robert von Andlaw, Freiherr Franz von Bodman, Graf Konstantin von Hennin, Freiherr Wilhelm von Röder, Graf Sigmund von Berckheim, Freiherr Ernst August von Göler, Freiherr Albrecht von Rüd, Geheimer Hofrath Dr. Schäfer, Geheimer Hofrath Dr. Rümelin, Oberlandesgerichtspräsident Geheimerath Freiherr von Neubronn, Geheimerath Dr. Engler, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Geheimerath Lewald, Geheimer Kommerzienrath Dissené, Geheimer Kommerzienrath Sander, Kommerzienrath Scipio, Kommerzienrath Krafft.

Von Seiten der Regierungskommission:

die Herren: Präsident des Großh. Ministeriums des Innern, Geheimerath Dr. Schenkel, Finanzminister Dr. Buchenberger, Ministerialdirektor Geheimerath Heil, Geheimerath Zittel, die Ministerialräthe Dr. Böhm und Dr. Nicolai.

Unter dem Voritze des Durchlauchtigsten Präsidenten, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl von Baden.

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnete die Sitzung um 10 Uhr mit der Bekanntgabe folgender Einläufe:

Entschuldigungsschreiben Seiner Exzellenz des Geheimeraths Freiherrn Ferdinand von Bodman und des Grafen von Helmstatt.

Beilage Nr. 64 und 68 (ungedruckt).

Zuschrift des Großh. Finanzministeriums, womit eine Anzahl Exemplare der Verhandlungen der Heidelberger Schloßbaukonferenz übersendet wird.

Beilage Nr. 57 (ungedruckt).

Zuschrift des Großh. Finanzministeriums mit einer längeren Mittheilung, die Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses betreffend.

Beilage Nr. 58 (ungedruckt).

Zuschrift des Präsidenten des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts mit der Uebersendung eines Exemplars des Jahresberichts der Heidelberger chirurgischen Klinik für das Jahr 1900.

Beilage Nr. 59 (ungedruckt).

Schreiben des evangelisch-protestantischen Kirchengemeinderaths dahier mit der Einladung zur kirchlichen Feier des Geburtstags Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in der evangelischen Stadtkirche dahier.

Beilage Nr. 66 (ungedruckt).

Zuschrift des Großh. Ministeriums des Innern mit der Mittheilung einer Anzahl Exemplare einer

Dentschrift über den gegenwärtigen Stand der Irrenfürsorge in Baden und deren künftige Gestaltung.

Beilage Nr. 69 (ungedruckt).

An Petitionen sind eingekommen:

1. Petition des Gemeinderaths von Gengenbach, die Wiedererrichtung eines Bezirksamtes daselbst betreffend.

Beilage Nr. 49 (ungedruckt).

2. Petition des Verbandes badischer Gewerbschullehrer, Gehaltsverhältnisse betreffend.

Beilage Nr. 50 (ungedruckt).

3. Petition des Gemeinderaths und Eisenbahnkomitès in Ihengen, die Erbauung einer normalspurigen Sekundärbahn Ihengen—Hilzingen—Singen betreffend.

Beilage Nr. 51 (ungedruckt).

4. Petition des Ausschusses des Verbandes der mittleren Städte Badens, die Abänderung der badischen Verfassung betreffend.

Beilage Nr. 52 (ungedruckt).

5. Petition mehrerer etatmäßigen Beamten in der Stadt Engen um Einreihung dieser Stadt in eine höhere Ortsklasse betreffend.

Beilage Nr. 53 (ungedruckt).

6. Petition des Gemeinderaths Gölshausen, Amt Bretten, Errichtung einer Haltestelle der Kraichgau-eisenbahn betreffend.

Beilage Nr. 54 (ungedruckt).

7. Petition des Gemeinderaths und Badkomitès in Badenweiler, die Erweiterung der Bassinbäder in Badenweiler betreffend.

Beilage Nr. 55 (ungedruckt).

8. Petition des Gemeinderaths von Schönau im Wiefenthal, Versetzung der Gemeinde Schönau in eine höhere Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs betreffend.

Beilage Nr. 60 (ungedruckt).

9. Petition des Eisenbahnkomitès in Eberbach, die Erbauung einer Bahn von Eberbach über Mudau nach Buchen betreffend.

Beilage Nr. 62 (ungedruckt).

10. Petition des Stadtraths Konstanz, die Erbauung einer normalspurigen Sekundärbahn Ihengen—Hilzingen—Singen betreffend.

Beilage Nr. 63 (ungedruckt).

11. Petition der Ortsbaukontroleure, die Verstaatlichung der Stellen der Ortsbaukontroleure betreffend.

Beilage Nr. 65 (ungedruckt).

12. Petition des Eisenbahnkomitès und der Gemeindevertreter von Tauberbischofsheim, Königheim und anderer Orte, den Bau einer Eisenbahn von Tauberbischofsheim nach Walldürn betreffend.

Beilage Nr. 67 (ungedruckt).

Es wurden überwiesen die Petitionen 1, 2, 11 der Petitionskommission, 3, 6, 9, 10, 12 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, 7 der Budgetkommission und 4, 5 und 8 den Kommissionen, welche sich mit den einschlägigen Gesetzentwürfen zu befassen haben. Dieser Kommission wurde auch die vom Grafen Hennin übergebene Petition der etatmäßigen, in Kenzingen in Miethe wohnenden Beamten um Einreihung von Kenzingen in eine höhere Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs betreffend zugewiesen.

Beilage Nr. 70 (ungedruckt).

Die Petition der Bewohner der Rheinthalgemeinden und die Anwohner der Binnenflüsse um Befreiung von der Flußbausteuer, die in der 2. Sitzung der Petitionskommission zugewiesen worden war, wurde nachträglich der Budgetkommission zugewiesen.

Hierauf legte der Präsident des Ministeriums des Innern, Geheimerath Dr. Schenkel, dem Hohen Hause zwei Gesetzentwürfe zur Berathung und Zustimmung vor, von denen der eine die Verhütung der Zerstückelung landwirthschaftlicher Anwesen,

Beilage Nr. 71

der andere die Fahrnißversicherung betrifft.

Beilage Nr. 72.

Den erstern anlangend, führte der Präsident des Ministeriums des Innern erläuternd aus:

Die auf dem Wege des Güterhandels sich vollziehende Zertrümmerung und Auftheilung bäuerlicher Anwesen habe erfahrungsgemäß bedenkliche volkwirthschaftliche Folgen. Wie dem Hohen Hause bekannt, habe sich auch im Großherzogthum die gewerbmäßige Güterzerstückelung als ein Mißstand bemerkbar gemacht, zu dessen Bekämpfung von der Regierung schon verschiedenartige Maßnahmen ergriffen worden seien. Dieselben hätten sich aber nicht allseitig als ausreichend erwiesen. Es sei deshalb die Regierung in die Erwägung eingetreten,

ob zur Unterdrückung der gewerbsmäßigen Güterzerstückelung nicht einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen seien. Das Ergebnis dieser Erwägungen sei der vorliegende Gesetzentwurf, für den ein in Württemberg seit 1853 bestehendes Gesetz, das sich dort bewährt habe und gelegentlich der Erlassung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch wieder erneuert worden sei, vorbildlich gewesen sei. Der Entwurf stecke sich das Ziel, die gewerbsmäßige Güterzerstückelung dadurch zu bekämpfen, daß er das wesentliche Motiv für dieselbe, die sichere Aussicht auf Gewinn, zu beseitigen suche. Zu diesem Zwecke verbiete er den stückweisen Wiederverkauf eines durch Kauf oder Tausch erworbenen, bisher in einer Hand bewirtschafteten Anwesens im Flächeninhalt von drei oder mehr Hektar vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Erwerb. Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot hätten — abgesehen von strafrechtlicher Ahndung — die Wichtigkeit des bezüglichen Vertrags zur Folge. Aus Billigkeitsgründen könne von dem Verbote Nachsicht erteilt werden.

Zum Fahrnißversicherungs-Gesetzentwurf bemerkte Redner: Der Entwurf sei veranlaßt durch das Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901. Durch § 121 dieses Reichsgesetzes würden die landesrechtlichen Vorschriften, welche den Abschluß von Feuerversicherungsverträgen von einer vorgängigen polizeilichen Genehmigung abhängig machten, aufgehoben und es käme ein wesentlicher Theil des auf dem Standpunkt der sogenannten Präventivkontrolle stehenden Fahrnißversicherungsgesetzes vom 30. Juli 1840 in Wegfall, dessen Bestimmungen auch in anderen Beziehungen einer Revision unterzogen worden seien. Der Entwurf bringe im Wesentlichen nur das, was schon im früheren Gesetze gestanden habe, unter Weglassung des durch die Reichsgesetzgebung hinfällig gewordenen. Er habe das Verbot der Uebersicherung und der Doppelversicherung aufrecht erhalten und die zur Durchführung dieses Verbots angezeigt erscheinenden Kontrollmaßnahmen (an Stelle der aufgehobenen Präventivkontrolle eine nach Abschluß des Versicherungsvertrags durch Stichproben vorzunehmende Prüfung, ob nicht Ueber- oder Doppelversicherung vorliegt) angeordnet. Im Zusammenhange mit dem Reichsgesetz stände die Be-

stimmung des Entwurfs, daß die im Großherzogthum zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerversicherungsunternehmungen durch landesherrliche Verordnungen für verpflichtet erklärt werden könnten, jährliche Beiträge zum Zwecke der Förderung des Feuerlöschwesens und zur Unterstützung von Mitgliedern von Feuerwehren und sonstigen bei der Hilfeleistung in Brandfällen verunglückten Personen oder ihren Hinterbliebenen zu leisten. Diese Verpflichtung sei den Feuerversicherungsgeellschaften seither bei Zulassung ihres Geschäftsbetriebs im Großherzogthum auferlegt worden. Da eine landesrechtliche Zulassung nach dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes nicht mehr statfinde, sei die Aufnahme der gedachten Bestimmung in den Entwurf angezeigt.

Hierauf erstattete Hr. v. Göler namens der Budgetkommission Bericht über die Nachweisungen der in den Jahren 1899 u. 1900 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. (I. Beilageheft)

Beilage Nr. 48.

und knüpfte an diese Berichterstattung Betrachtungen über die allgemeine Staatsfinanzlage. In letzterer Hinsicht führte Redner, hinsichtlich des Ueberschreitens seiner eigentlichen Aufgabe durch diese Betrachtungen auf einen langjährigen Gebrauch des hohen Hauses sich stützend, aus:

Das Eigenthümliche der Finanzlage des Staates innerhalb der 90er Jahre sei gewesen, daß der Aufwand des außerordentlichen Etats aus den Mitteln des ordentlichen Etats hätte gedeckt werden können, und zwar die Ausgaben eines außerordentlichen Etats, die in der That außerordentlich hoch gewesen seien. Aber dieses günstige Verhältniß hätte nicht als etwas Bleibendes angesehen werden dürfen, und wer der Mahnung gefolgt sei, jene Jahre nicht als Normaljahre zu betrachten und sie nicht als Maßstab an die Zukunft anzulegen, der werde durch die heutige Depression in den Staatsfinanzen nicht allzusehr überrascht. Der Wendepunkt in der Finanzlage falle in die Mitte des Jahres 1900, und von da an beginne eine weder der Dauer noch der Tragweite nach übersehbare rückläufige Bewegung. Während die Ueberschüsse des Jahres 1899 noch vollständig ausreichend gewesen seien, so reiche der Ueberschuß des Jahres 1900 zur Bestreitung des außerordentlichen Aufwandes nicht mehr vollständig aus, so daß

eine Einzehrung des umlaufenden Betriebsfonds in der Höhe von rund $1\frac{1}{2}$ Millionen habe stattfinden müssen. Wesentlich ungünstiger werde sich der Abschluß des ordentlichen Etats in der neuen Budgetperiode gestalten. Nach dem Voranschlag 1902/03 werde man mit einem Fehlbetrag zu rechnen haben. Er betone das Wort zu „rechnen“ haben; wie sich die Wirklichkeit gestalten werde, das hänge von der Weiterentwicklung der wirthschaftlichen Lage ab. Der Vergleich der heutigen unerfreulichen Finanzlage mit der günstigen der 90er Jahre führt den Redner zu einer Prüfung der Frage, was denn die günstige Finanzlage der 90er Jahre bedingt habe, und worin die Ursachen des jetzigen ungünstigen Standes des Staatshaushalts zu erblicken seien. Mit dem Erwerb des Kolonialbesitzes, mit dem Eintritt Deutschlands in den Weltverkehr habe sich ein, nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch der wohl aller Völker, einzig dastehender Aufschwung in der Industrie und dem Handel vollzogen. In der Industrie und im Handel seien Reichthümer angesammelt worden, deren Kapitalien als Steuerkapitalien der Staatswirthschaft zu Gute gekommen seien. Der Aufschwung in der Industrie habe insbesondere auch den Fabrikarbeitern großen Gewinn gebracht, da die Löhne enorm gestiegen seien. Der Ertrag der direkten und indirekten Steuern habe sich erheblich vermehrt. Im natürlichen Zusammenhang mit dem reichen Export habe auch der Import zugenommen. Aber nicht allen Erwerbszweigen sei so wie der Industrie und dem Handel der Aufschwung zu Gute gekommen, er habe einen Gegensatz erzeugt zwischen Industrie und Handel einerseits und der Landwirthschaft andererseits; der Gewinn derselben sei herabgedrückt und durch den Zufluß der Landbewohner in die industriereichen Städte seien den Landwirthen die erforderlichen Arbeitskräfte entzogen worden. Gerade das Bestehen eines derartigen Gegensatzes habe gezeigt, daß die Verhältnisse keine ganz gesunden gewesen seien. Die Industrie habe in ihren günstigen Verhältnissen rastlos weitergearbeitet, durch die Intensität der Produktion sei über den Bedarf hinaus produziert worden; es habe sich die Ueberproduktion eingestellt und damit die Krisis. Wie lange nun werde diese dauern? Soweit sie ihren Grund in der Ueberproduktion habe, sei ja ein Aus-

gleich zu erwarten in nicht allzu ferner Zeit. Aber man müsse fragen, ob die Industrie wieder auf die frühere Höhe gelangen werde. Man müsse beachten, daß nicht nur Waaren, sondern auch von unserem Wissen und Können exportirt worden sei und hiermit habe sich die Industrie die Konkurrenz im Auslande geschaffen. Wenn auch anzunehmen sei, daß die Industrie sich neu beleben werde, er (Redner) glaube nicht, daß sie wieder das gleiche Tempo in der Entwicklung einhalten werde wie früher. Er von seinem agrarischen Standpunkte aus würde dies — so sehr er der Industrie und dem Handel volle Blüthe wünsche — nicht zu sehr bedauern; seiner Ansicht nach sei es ein gesundes Verhältniß, wenn auch die Landwirthschaft Raum zum Aufschwung erhalte. Er habe es deshalb mit großer Freude begrüßt, daß der Reichskanzler im Reichstage und der Herr Finanzminister im anderen Hohen Hause die Pflege einer rationalen Heimathspolitik betont habe, und darunter verstehe Redner vornehmlich das Bestreben, unser eigenes Volk kauf- und steuerkräftig zu erhalten, so daß wir bei sinkendem Export auch in der Heimath ein Absatzgebiet für die Industrie haben. Mit einer Heimathspolitik könne muthig vorwärts geschritten werden und der Regierung müsse wohl eine derartige Politik vorschweben, deshalb könne sie im Vertrauen auf unsere gewerblichen Kreise muthig der Depression entgegentreten.

Im außerordentlichen Etat seien wir verwöhnt, seien doch in den letzten 10 Jahren für außerordentliche Aufwendungen 60 Millionen verausgabt worden. Es seien aber auch bleibende Werthe dadurch geschaffen worden. Jetzt zwar würden die großen Aufwendungen früherer Jahre der Regierung insofern zum Vorwurf gemacht, als gesagt werde, man habe in den letzten Jahren vielfach zu flott gewirthschaftet, insbesondere zu üppig gebaut. Zugegeben, daß vielleicht manchmal mehr als nöthig für Bauten ausgegeben worden sei, man dürfe aber nicht vergessen, daß der Staat die ideale Aufgabe habe, die Kunst zu beleben. Angesichts dessen, was in den letzten Jahren mit außerordentlichen Ausgaben geleistet und erreicht worden sei, dürfe man in prekärer Lage auf den vorhandenen Fond, den Aktivbestand der Amortisationskasse, greifen, und selbst die Aussicht, daß man zu einem Schulddarlehen schreiten müßte, sollte

wesentliche Bedenken nicht hervorrufen. Die Reproduktionskraft der Amortisationskasse dürfte allerdings durch die Schulden nicht geschädigt werden. Gerade sie sei eine Wohlfahrtsanstalt, geeignet zur Unterstützung einer gesunden Heimathspolitik.

Redner slicht hier die Bemerkung ein, es freue ihn, daß regierungsseitig beabsichtigt werde, die derzeitigen strengen Grundsätze bei Gewährung von Darlehen aus der Amortisationskasse zu bedeutsamen volkswirtschaftlichen Zwecken zu erleichtern.

Während der Stand des außerordentlichen Etats trotz der Depression zur Sorge gerade nicht Veranlassung gebe, sei die Lage des ordentlichen Etats doch ernster; dabei komme insbesondere in Betracht, daß dieser das eigentliche Rückgrat des Staatshaushalts bilde und nicht die Elastizität des außerordentlichen Etats besitze. Die Mehreinnahmen im ordentlichen Etat im Jahre 1899 habe über 8, und im Jahre 1900 etwa 6 Millionen betragen. Während aber die Einnahmen von 1899 und 1900 um rund 3 Millionen gestiegen seien, hätten die Ausgaben des ordentlichen Etats noch viel stärker, nämlich um etwa $5\frac{1}{2}$ Millionen, somit um etwa 2 Millionen stärker als die Einnahmen zugenommen.

Es sei 1900 ein Rückgang in einzelnen Arten von Einnahmen zu beobachten gewesen, insbesondere wäre der Ertrag der indirekten Steuern zurückgegangen. Der Rückschlag in der Industrie habe sich auch bereits in den Einnahmen der Domänenverwaltung in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht. Die ordentlichen Ausgaben wüchsen in einer für den Steuerzahler unheimlichen Weise, und wenn sie so weiter wüchsen, werde man doch vielleicht vor die Frage gestellt werden, ob man nicht zur Befriedigung aller Bedürfnisse zu einer Anleihe oder Steuererhöhung schreiten müsse. Eine Steuererhöhung werde aber gerade zur Zeit einer Krisis schwer empfunden werden; auch sei von ihr eine nachtheilige Einwirkung auf die Landwirthschaft zu befürchten. Zu der für die Jahre 1899 und 1900 berechneten Zunahme der Ausgaben hätte in erster Reihe unser ungünstiges Verhältniß zum Reich beigetragen. Es habe die Abrechnung für den badischen Staat in den Jahren 1898, 1899 und 1900 sich um mehr als $1\frac{1}{2}$ Millionen verschlechtert. Die Annahme, daß für das Jahr 1902 die reinen Matrikularbeiträge

auf über 4 Millionen Mark zu berechnen seien, werde Dank dem Vorgehen der Verbündeten Regierungen, durch Zuschußanlehen den Ausfall zu reduzieren, nicht eintreten. Die Kommission sei einstimmig in dem Wunsche, es möchte bald die hochwichtige Frage der finanziellen Selbständigkeit des Reichs und der Einzelstaaten herbeigeführt werden. Doch auch von den finanziellen Beziehungen zum Reiche abgesehen, seien die ordentlichen Ausgaben unseres Staatshaushalts in recht unerfreulicher Weise gestiegen. Insbesondere seien die persönlichen Ausgaben infolge des Gehaltstarifs mit seiner anscheinend endlosen Schraube in einer bei seiner Einführung ungeahnten Weise gestiegen. Damit will Redner nicht etwa als Gegner einer etwaigen Gehaltserhöhung der Beamten sich zeigen, die er insbesondere für die höhern Beamten angezeigt erachtet. Auch die Volksschullehrer müßten in ausreichender Weise besser gestellt werden.

Was schließlich den Wohnungsgeldgesetzentwurf anlange, bezüglich dessen der Herr Finanzminister etwas im Gegensatz zur Schilderung der Finanzlage bei Vorlage des Budgets den Staatshaushalt als „tragfähig“ erachte, so werde hierdurch eine erhebliche Steigerung der an sich schon bedeutenden Ausgaben im ordentlichen Etat der Jahre 1902 und 1903 eintreten.

Bei Darlegung der Rechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse streift Redner auch die Frage einer Tarifiermäßigung, von der er sich nicht alle erhofften Wirkungen verspricht. Der lokale Verkehr könne wohl bis zu einem gewissen Grade durch eine Tarifiermäßigung befördert werden; dies gelte besonders für Stückgut im Nahverkehr. Eine Einschränkung im Bauaufwand angesichts des mit der allgemein wirtschaftlichen Lage zusammenhängenden Rückganges des Verkehrs kann Redner nicht empfehlen, da die Bahnen leistungs- und konkurrenzfähig erhalten werden müßten.

Geheimerath Dr. Engler: Redner will vom Standpunkte des Lehrers einer Hochschule, der einerseits die Wissenschaft zu pflegen, andererseits ganz besonders sie auf das wirtschaftliche Leben zu übertragen habe, ausführen, wie etwa die Budgetfragen und die Schwierigkeiten der jetzigen Lage von diesem Gesichtspunkte aus sich darstellen. Er knüpft an die

Äußerung seines Vorredners bezüglich einer eventuellen Schuldaufnahme für den Fall, daß die außerordentlichen Ausgaben die Reserven der Amortisationsklasse überschreiten könnten, an und kann seinerseits gegen die Aufnahme eines Anlehens keine Bedenken erblicken, auch in der Budgetkommission sei man einstimmig dieser Ansicht gewesen; denn ebenso wenig wie ein Privatunternehmer dürfe der Staat sich versagen, auch in prekärer Lage notwendige wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Dies gelte nicht allein für rein wirtschaftliche Aufgaben, sondern auch hinsichtlich solcher, deren Zusammenhang mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nur ein loserer sei. Dahin sei zu zählen die Pflege der Wissenschaft an den hohen und höchsten Unterrichtsanstalten. Es sei ersichtlich, daß hier nicht gespart werden dürfe, wenn man sich die Ursachen der wirtschaftlichen Depression vergegenwärtige und wenn man die Mittel überlege, die dazu führen könnten, dieser Depression entgegenzutreten und abzuwenden. Vieles der heutigen wirtschaftlichen Krisis liege in äußeren Verhältnissen, in der politischen Unsicherheit, sei die Folge von Kriegen, die hätten geführt werden müssen. Vieles sei gewiß bedingt worden durch die Ueberproduktion, die noch herrsche, aber nur vorübergehender Natur sei, eine Art Krankheit des Wirtschaftslebens; viel Schuld an unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage sei auch dem Umstande zuzuschreiben, daß mit der Zunahme der Produktion im Inlande sich das Ausland im umgekehrten Verhältniß zur eigenen Ueberproduktion gegen unseren Import abgeschlossen habe; hier sei Amerika vorgegangen und Rußland folge nach. Der übermäßige Schutz der amerikanischen Industrie habe auch einen größeren indirekten Schaden gebracht dadurch, daß sich die Technik in diesem Lande in ungeahnter Weise entwickelt habe. Auf technischem Gebiete habe uns Amerika in mancher Beziehung eingeholt und vielleicht auch überholt; dasselbe habe auch auf dem großindustriellen Gebiete, so z. B. in der Zuckerindustrie, stattgefunden. Kurz gesagt, es sei uns durch den Zollschutz des Auslandes eine große Konkurrenz erwachsen. Die mangelnde Kaufkraft der Landwirtschaft werde wohl nicht als Ursache der Krisis anzusehen sein, auch er gönne der Landwirtschaft Zölle, doch nur so weit, als sie

nöthig seien, einer Nothlage derselben abzuwenden. Man dürfe nicht übersehen, daß landwirtschaftliche Zölle eine neue Gefahr für die Industrie bedeuteten, infolge der Repressalien, die andere Staaten bei zu hohen Getreidezöllen den Erzeugnissen der heimischen Industrie gegenüber anwenden würden. Um die Mittel zu finden, durch welche die vorhandene Krisis überwunden werden könne, müsse man zu den Ursachen des Aufschwunges der Industrie zurückkehren. Unsere Industrie habe sich auf ihre Höhe nicht etwa aufgeschwungen, weil die natürlichen Bedingungen für den industriellen Betrieb bei uns besonders günstige wären, nicht deshalb, weil ihr durch vorhandenes Großkapital eine besondere Unterstützung zu Theil geworden sei. Auch in einer großen Beweglichkeit des kleinen deutschen Kapitals sei ein Grund zum Aufschwung der Industrie nicht zu erkennen; denn was zu jener Beweglichkeit besonders erforderlich sei, wirtschaftlicher Muth, das sei bei uns wohl infolge gesellschaftlicher Verhältnisse und Anschauungen in geringerem Maße vorhanden als in anderen Ländern, z. B. in Amerika. Redner glaubt, daß die Industrie groß geworden sei durch den engen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Technik, der in keinem Lande so ausgeprägt zu finden sei, wie in Deutschland. Unter Aufzählung von Beispielen zeigt Redner, wie oft und wie wahrnehmbar ein Pfad führe aus dem Studierzimmer des Gelehrten, dem Laboratorium des Forschers in die Räume des industriellen Betriebs; er weist hin auf die Thätigkeit Redtenbacher's, der an der Technischen Hochschule hier gewirkt habe, auf Bunsen's Forschungen, die den Grundgedanken zur Anwendung des Auerlichts gegeben hätten, und führt aus, wie eine der jüngsten Entdeckungen auf dem Gebiete der Elektrizitätsanwendung, die drahtlose Telegraphie, ihren Ursprung habe in der Entdeckung der Uebertragung der Elektrizität durch die Luft, eine Entdeckung, die Professor Herz im physikalischen Institute dahier gemacht habe. Auch in der chemischen Industrie sei der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Praxis ein sehr enger. Habe die Wissenschaft mit der Technik so Großes für die Industrie herbeigeführt und solle sie mit ihr noch Größeres in Zukunft erreichen zum Wohle der Industrie, dann dürfe die

Pflege der Wissenschaft nicht nothleiden und dürften auch in Zukunft, selbst unter noch schwierigeren Verhältnissen, die für die Pflege der Wissenschaft notwendigen Mittel nicht versagt werden.

Oberlandesgerichtspräsident Frhr. v. Neubronn bemerkt, daß die Ausführungen der beiden Herren Vorredner über das hinausgingen, was nach der Tagesordnung zu erwarten gewesen sei; anstatt lediglich die Nachweisungen der in den Jahren 1899 und 1900 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung zum Gegenstande der Beratungen zu machen, sei man in eine allgemeine Finanzdebatte eingetreten. Manche Ausführungen der Herren Vorredner, insbesondere diejenigen, die der Herr Berichterstatter von seinem agrarischen Standpunkte aus gemacht habe, sollten nicht unwidersprochen bleiben; ob auch in früheren Jahren bei der heutigen Tagesordnung eine Erörterung der allgemeinen Finanzlage stattgefunden habe, könne er nicht beurtheilen; jedenfalls habe er für heute das Material nicht vorbereitet, das er nöthig hätte, um an der allgemeinen Finanzdebatte sich zu betheiligen. Er wolle mit dieser Bemerkung nur darauf hinweisen, daß ihm durch den Gang der heutigen Verhandlung die Gelegenheit, bei Berathung der Spezialbudgets seine abweichenden Meinungen darzulegen, nicht verschlossen werden solle.

Geh. Kommerzienrath Diffené ist der gleichen Ansicht wie sein Vorredner und will deshalb davon absehen, heute das Wort zu ergreifen.

Finanzminister Dr. Buchenberger kann der Darstellung der Finanzlage durch den Herrn Berichterstatter beipflichten. Das einfachste Mittel für den Leiter der Finanzen zur Ueberwindung einer prekären Lage im Staatshaushalt, insbesondere zur Ueberwindung der Fehlbeträge, wäre eine Erhöhung der Steuern. Eine Steuererhöhung sei aber auch nach seiner, des Redners Meinung, ernsthaft zu nehmen in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs und in einem Lande, das, wie Baden, wenn auch nicht absolut, so doch relativ (im Verhältniß zu anderen Staaten) bereits einen hohen Steuerdruck aufweist. Es sei daher wohl begreiflich, wenn die Frage der Steuererhöhung von ihm nur mit großer Zurückhaltung behandelt werde. Mit wäre diese Frage wohl dann geworden, wenn, wie

es anfänglich den Anschein hatte, für das Jahr 1902 mit Matrikularbeiträgen von über 4 Millionen hätte gerechnet werden müssen. Dank der Bemühungen der Verbündeten Regierungen und dem Entgegenkommen aller Reichsressorts sei es gelungen, die Matrikularbeiträge auf ein erträglicheres Maß herabzumindern und, wenn der Reichstag der von den Verbündeten Regierungen ergriffenen Aushilfsmaßregel einer Ergänzungsanleihe zustimmen sollte, würde der Stand unseres ordentlichen Etats etwas weniger kritisch sich gestalten.

Dem Herrn Berichterstatter und Herrn Geheimrath Dr. Engler gegenüber müsse er mit aller Entschiedenheit betonen, daß er den Weg einer Schuldenwirthschaft für allgemeine Staatshaushaltzwecke, d. h. für sogenannte unproduktive Ausgaben unbedingt ablehne. Mit der Beschreitung eines solchen Wegs würde er die bewährtesten Traditionen der badischen Finanzverwaltung verlassen. Für seine Stellungnahme mitbestimmend sei die Thatsache einerseits einer unvermeidlichen und starken Schuldenwirthschaft im Reiche, andererseits die wachsende Höhe unserer Eisenbahnschuld. Die Schulden des Reichs seien nicht etwas, das Baden nichts angehe; in der Höhe der Matrikularbeiträge komme die jetzt heiläufig drei Milliarden Mark betragende Reichsschuld in empfindlichster Weise zum Ausdruck. Die badische Eisenbahnschuld betrage dormalen 350 Millionen, und Redner rechnet mit der Möglichkeit, daß sie sich in zehn Jahren verdoppelt haben wird; ob es möglich sein werde, die Mittel für die Zinsen und die Amortisation dieser angewachsenen Schuld in einem jährlichen Mehrbetrag gegen jetzt von 12 bis 15 Millionen Mark nachhaltig zu erwirtschaften, sei mindestens zweifelhaft, die Möglichkeit der Erhebung einer Eisenbahnsteuer zur Begleichung etwaiger Fehlbeträge in der Eisenbahnschuldentilgungskasse jedenfalls nicht ausgeschlossen.

Gegenüber der Bemerkung des Herrn Berichterstatters, er (der Finanzminister) habe von einer in gewissem Sinn unbeschränkten Tragfähigkeit unserer Finanzen gesprochen und sich dadurch in einen gewissen Gegensatz zu den Darlegungen über die allgemeine Finanzlage bei Vorlage des Budgets gesetzt, weist Redner auf das Mißverständliche dieser

Auffassung hin und bemerkt unter Bezugnahme auf die im andern Hohen Hause angeregte Revision des Gehaltstarifs, daß die Regierung die Verantwortung für eine derartige Vorlage, falls sie in Bälde eingebracht werden müßte, nur übernehmen könne, wenn die Volksvertretung durch Bewilligung einer entsprechenden Steuererhöhung für die angemessene Verstärkung der Tragfähigkeit unserer Finanzen Sorge trage.

Zu einem näheren Eingehen auf die Frage der Regelung des finanziellen Verhältnisses von Reich und Einzelstaaten werde sich im Laufe der Spezialbudgetberathungen noch Gelegenheit bieten, er beschränke sich daher für heute auf die Bemerkung, daß seiner Meinung nach, sobald der Zolltarif unter Dach sei, an jene Frage Seitens der Verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck herangegangen werden müsse.

Frhr. von Göler wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Frhr. v. Neubronn und begründet seine Erörterung über die allgemeine Finanzlage mit der seitherigen Uebung.

Vom Herrn Finanzminister sei er und auch die Budgetkommission mißverstanden worden; er sei keineswegs für eine Schuldenpolitik und er sei mit dem Standpunkt des Herrn Finanzministers durchaus einverstanden.

Die Ausführungen des Frhr. v. Neubronn über die heutige allgemeine Finanzdebatte, auf die durch die Tagesordnung nicht vorbereitet worden sei, ruft eine längere Erörterung hervor, an der sich die Herren Frhr. v. Röder, Geheimer Hofrath Rümelin, Frhr. v. Göler, Geh. Kommerzienrath Sander und Geh. Kommerzienrath Diffené beteiligten. Die Erörterung fand dadurch ihre Erledigung, daß das Haus mit der Anregung des Durchlauchtigsten

Präsidenten, für heute die allgemeine Finanzdebatte abzubrechen und dieselbe in der nächsten Sitzung fortzusetzen, sich einstimmig einverstanden erklärte. Die Nachweisungen des I. Beilageheftes wurden für unbeanstandet erklärt.

Namens der Petitionskommission erstattete sodann Frhr. v. Rüdts Bericht über die Nachweisungen bezüglich der der Großh. Staatsregierung während des Landtags 1899/1900 von der Ersten Kammer überwiesenen Petitionen und deren Erledigung.

Beilage Nr. 56.

Die Kommission hatte hinsichtlich der Art der Erledigung keine Bemerkungen zu machen und hatte daher auch zu einer Antragstellung keinen Anlaß. Eine Diskussion fand nicht statt.

Auf den Namens der Budgetkommission erstatteten Bericht des Frhr. v. Göler über die Prüfung der Rechnung des Archivars über die Kosten der Ersten Kammer vom Landtag 1899/1900

Beilage Nr. 61 (ungedruckt).

wurde dem Archivar unter Anerkennung seiner guten und pünktlichen Rechnungsführung Entlastung erteilt.

Der Durchlauchtigste Präsident schloß hierauf die Sitzung um 1 Uhr mit dem Bemerkten, die nächste Sitzung nach Vorliegen hinreichenden Materials zu bestimmen.

Zur Beurkundung:

Die Sekretäre:

Freiherr A. v. Rüdts.
Graf v. Hennin.